

**Wahlprüfsteine  
des Bundes Deutscher Forstleute (BDF), Landesverband Sachsen-Anhalt  
für die Landtagswahl 2002 in Sachsen-Anhalt**

Antworten der CDU vom 25. März 2002

- 1. Bundesweit wird über die Privatisierung der Landesforstverwaltungen diskutiert und zum Teil werden schon die Weichen hierfür gestellt. Der BDF lehnt eine echte Privatisierung ab. Wie steht Ihre Partei zu einer privatrechtlichen Organisation der Landesforstverwaltung Sachsen-Anhalts?**

Nach § 22 Abs. 1 Landeswaldgesetz (LWaldG) dient der Staatswald dem Allgemeinwohl in besonderem Maße. In den Wirtschaftszielen des Staatswaldes ist die Erhaltung und nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes als Gesamtressource zu gewährleisten.

Wald in Landesbesitz erfüllt in seiner Schutz-, Nutz und Erholungsfunktion gegenüber dem Privatwald somit eine besondere Funktion. Dennoch hat auch die Landesforstverwaltung wirtschaftliche Grundsätze zu beachten.

Die durchgeführte Strukturreform mit der Gründung des Landesforstbetriebes wurde von der CDU im Land ständig kritisch begleitet und erfüllt weitgehend die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die für eine moderne Landesforstverwaltung gelten.

Eine über die derzeit bestehenden Strukturen hinausgehende Privatisierung wird von der CDU nicht befürwortet .

- 2. Der BDF setzt sich für den Erhalt der Einheitsforstverwaltung in Sachsen-Anhalt ein. Im Vorfeld der Kreisgebietsreform wird auch über eine Aufgabenverlagerung im hoheitlichen Bereich an die Landkreise diskutiert. Nur die Einheitsforstverwaltung kann nach Auffassung des BDF den Gesamtaufgabenkomplex effektiv und umfassend bewältigen. Wie stehen Sie zum Erhalt der Einheitsforstverwaltung?**

Die CDU hat nach 1990 die Strukturen für die Einheitsforstverwaltung in Sachsen-Anhalt geschaffen. An diesem Modell wird die CDU auch künftig festhalten. Die im Rahmen der Forststrukturreform geschaffenen Voraussetzungen erfüllen auch künftig die Kriterien einer Einheitsforstverwaltung.

Eine vollständige hoheitliche Aufgabenverlagerung auf die Landkreise wird die CDU nicht vornehmen, da durch die Aufgaben nach Landeswaldgesetz ein Interessenkonflikt entsteht, der innerhalb der Verwaltung der Landkreise nicht lösbar ist .

- 3. Die derzeitige Landesregierung hat bereits im November 2001 die Einrichtung eines Landesforstbetriebes beschlossen. Bis zum heutigen Tage fehlen die dazu notwendigen Regelungen, wie**
- die Klärung der finanziellen und materiellen Kompetenzen,
  - die eigene Zuständigkeit in der Personalhoheit,
  - die Gestaltung der erforderlichen Zuschüsse und Erstattungen insbesondere der Notwendigkeit der Rücklagenbildung.

**Wir fordern eine unmittelbare Inkraftsetzung dieser Regelungen unter Beteiligung des Berufsverbandes.**

**Welche Vorstellungen hat Ihre Partei über Regelungen in den angesprochenen Bereichen?**

Die CDU ist der Ansicht, dass die Landesregierung vorschnell und überhastet die Gründung des Landesforstbetriebes vorangetrieben hat, ohne die dafür notwendigen Grundlagen zu schaffen. Die CDU hat diese Problematik bereits in der Vergangenheit erkannt und mehrfach in den Ausschusssitzungen im Landtag zur Diskussion gebracht. Entgegen den Erkenntnissen der CDU hält die Landesregierung den Fragen der CDU entgegen, dass alle wichtigen Fragen zur Gründung des Landesforstbetriebes bereits geklärt seien. Aufgrund des Widerstandes von SPD und PDS und den bestehenden Mehrheitsverhältnisse im Landtag konnte keine Lösung zu den notwendigen Regelungen gefunden werden.

Wirtschaftliches Handeln erfordert ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit. Die CDU wird in Regierungsverantwortung die "Dienstherrenfähigkeit" und somit die Zuständigkeit für das Personal des Landesforstbetriebes klären, die Unterstellung der notwendigen Liegenschaften unter die Leitung des Landesforstbetriebes überprüfen und die Möglichkeit der Rücklagenbildung als Grundlage wirtschaftlichen Handelns des Landesforstbetriebes durchsetzen.

Die CDU wird hierzu selbstverständlich die Fachkompetenz der Berufsverbände nutzen.

**4. Seit Bestehen der Landesforstverwaltung Sachsen-Anhalt fordert der BDF ein Personalentwicklungskonzept unter seiner Beteiligung. Wesentlicher Bestandteil muss ein Einstellungskorridor sein.**

**Wir fordern dieses Konzept für alle Ebenen und Einrichtungen, auch für die Waldarbeiterschaft der Landesforstverwaltung.**

**Wie steht Ihre Partei einem solchen Konzept gegenüber?**

Die Forstverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt hat im Gegensatz zu anderen Landesverwaltungen in den vergangenen 12 Jahren eine der tiefgreifendsten Reformen hinter sich gebracht. Gerade jüngeren Mitarbeitern wurde bei diesen Entwicklungen eine hohe Flexibilität abverlangt.

Um eine gesunde und zukunftsfähige Verwaltung aufzubauen, ist jedoch auf Dauer eine gesunde Altersstruktur über einen regelmäßigen Neuzugang von Nachwuchskräften zu sichern. Dies hat die CDU bereits seit Jahren gefordert, ist jedoch an den Widerständen von SPD und PDS gescheitert.

Die CDU befürwortet die Ansicht des BDF und wird nach Regierungsübernahme ein solches Personalentwicklungskonzept unter Beteiligung der Berufsverbände erstellen. Ein Einstellungskorridor muss wieder geöffnet werden, um eine zukunftsfähige und flexible Personalentwicklung zu gewährleisten.

- 5. Von der Landesregierung sind Naturschutzflächen kostenlos an Umweltverbände als Beispielflächen übergeben worden. Eine weitere Übergabe halten wir nicht für erforderlich. Die bestehende Forst und Naturschutzverwaltung ist umfangreich in der Lage, die vorhandenen und zukünftigen Landeswaldflächen auch als Naturschutzgebiete zu betreuen und zu bewirtschaften.**

**Strebt Ihre Partei eine weitere Flächenabgabe an Dritte an?**

Die CDU steht für die soziale Marktwirtschaft. Eigentum ist wesentliches Element dieser Marktwirtschaft .

Einen durch kostenlose Übergabe subventionierten Eigentumsübergang an Dritte, wie derzeit an Naturschutzverbände lehnt die CDU jedoch ab. Die CDU ist der Auffassung, dass die bestehende Forst bzw. Naturschutzverwaltung inzwischen fachlich und personell ertüchtigt ist, diese Flächen mit dem eigenen Personal zu betreuen.

Durch die kostenlose Übergabe wird eine ideologische Spielwiese durch die Landesregierung ermöglicht, die unnötige Folgekosten für das Land verursacht und die Auslastung des vorhandenen Potentials an Fachkräften in der Landesverwaltung und somit Arbeitsplätze gefährdet .

Dies wird von der CDU klar abgelehnt .

- 6. Im Zuge der regionalen Strukturierung der Landesforstverwaltung wird auch das Ziel eigentumsreiner Forstreviere verfolgt. Der BDF lehnt es ab, diesbezüglich generelle Festlegungen zu treffen sondern fordert regionale Lösungen. Das Flächenprimat soll erhalten bleiben, Doppelzuständigkeiten auf der Fläche müssen vermieden werden. Bürgernähe ist beizubehalten.**

**Wie steht Ihre Partei der Strukturierung der Forstreviere gegenüber?**

Die CDU befürwortet Lösungen, die den regional besonderen Gegebenheiten Rechnung tragen und gleichzeitig die Wirtschaftlichkeitsgrundsätze erfüllen. Eine einheitliche Regelung für das Land zieht durch die regional unterschiedliche Verteilung an Waldeigentumsarten Kosten und Probleme nach sich, die ohne "Einheitsvorgabe" vermieden werden können.

Gerade im Bereich der Altmark und auch im südlichen Sachsen-Anhalt ist durch die regional recht unterschiedliche Eigentumsstreuung bei eigentumsreinen Revieren eine unnötige Doppelzuständigkeit gegeben. Der dadurch entstehende Aufwand an Zeit und Kosten kann durch regional abgestimmte Konzepte vermieden werden. Der anfänglich erhöhte Verwaltungsaufwand bei der Strukturierung steht dann einer effektiven Bewirtschaftung gegenüber.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass dem Landesforstbetrieb und seinen Mitarbeitern ein Arbeiten nach Wirtschaftsgrundsätzen ermöglicht wird.

7. **Ganz offensichtlich wird die Nutzung regenerativer Energien in Sachsen-Anhalt schwerpunktmäßig auf Windenergieanlagen gelegt. Für die Nutzung von Brennholz gibt es keine wirksame Förderung.**

**Der BDF fordert die Unterstützung für den Einsatz von Holzfeuerungsanlagen.**

**Wie sind die Konzepte Ihrer Partei zu den erneuerbaren Energien?**

Die CDU unterstützt den Einsatz regenerativer Energien. Doch gerade der Einsatz von Windenergieanlagen in Sachsen-Anhalt scheint zwischenzeitlich gesättigt zu sein und die Akzeptanz in der Bevölkerung für diese Art der Gewinnung erneuerbarer Energien aufgrund der Änderung im Landschaftsbild und der Beeinflussung durch Schlagschatten und eine dauernde Geräuschkulisse sinkt.

Daher setzt sich die CDU verstärkt für den Einsatz anderer Verfahren für die Energiegewinnung ein. Die Initiativen der CDU gerade im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe belegen dies eindeutig.

Hierzu gehört neben den landwirtschaftlich erzeugten Produkten auch Holz. Moderne Holzfeuerungsanlagen sind heute in der Leistungsfähigkeit oft Anlagen mit fossilen Brennstoffen gleichzusetzen und letztlich im CO<sub>2</sub>-Ausstoss klimaneutral zu bewerten.

Durch das Land Sachsen-Anhalt wird seit 1999 der Einsatz bzw. Bau von Holzfeuerungsanlagen im Rahmen der Energieträgerumstellung nicht mehr gefördert. Es existiert seitdem für die erneuerbaren Energien kein echtes Markteinführungsprogramm. Die Förderung im Rahmen des Landesförderprogrammes "MW 48" für Pilot und Demonstrationsanlagen ist nach Ansicht der CDU nicht geeignet, um flächendeckend eine Energieträgerumstellung auf nachwachsende Rohstoffe zu fördern.

Die CDU wird daher nach Regierungsübernahme im Rahmen des Haushaltes prüfen, in welcher Form die Förderung der Energieträgerumstellung auf nachwachsende Rohstoffe wieder aufgenommen werden kann.

Weiterhin befürwortet die CDU die Forschung und den Einsatz anderer effizienter Energiegewinnungstechnologien, wie Solarstromgewinnung, Einsatz der Brennstoffzelle und Kraft-Wärme-Pumpen um einen umweltverträglichen Mix unterschiedlicher erneuerbarer Energien zu gewährleisten.

8. **Das Land Sachsen-Anhalt hat sich zur Waldmehrung bekannt. Wir sehen großen Reserven in der Aufforstung landeseigener Flächen. Allerdings fehlen hier unmittelbare Umsetzungskonzepte.**

**Welche Konzepte verfolgt Ihre Partei bei der Aufforstung von Flächen in unserem waldarmen Bundesland?**

Die CDU-Regierung hat sich während der ersten Wahlperiode besonders für die Wiederaufforstung ungenutzter Flächen eingesetzt und so einen wesentlichen Beitrag zur Waldmehrung in Sachsen-Anhalt geleistet. Die gebietsweise aus der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung entlassenen Grenzertragsböden, sowie Renaturierungsflächen bieten hierzu besondere Gelegenheit die Waldmehrung in Sachsen-Anhalt voranzutreiben. Gleichzeitig gilt es aber örtlich und regional die Erstaufforstung so zu steuern, dass sich die Nutzungs-

änderung landeskulturell nicht abträglich auswirkt und die Wirtschaftsentwicklung eines Gebietes nicht behindert wird.

Die CDU wird nach Regierungsübernahme die vorhandenen Möglichkeiten prüfen und entsprechend der Ergebnisse eine Waldmehrung vorantreiben. Eine wesentliche Rolle wird hierzu die Forstliche Landesanstalt des Landes Sachsen-Anhalt spielen.

**9. Durch die Ausweisung von "Natura-2000-Gebieten" erfolgt eine starke Beeinflussung der Handlungsmöglichkeiten der Waldeigentümer. Wie sieht Ihre Partei die Entwicklung im Zusammenhang mit der Ausweisung der Natura-2000-Gebiete?**

Die CDU ist der Auffassung, dass die Vorgaben der Europäischen Union zur Ausweisung der NA TURA 2000 -Gebiete wesentlich restriktiver umgesetzt wurden als in den anderen Bundesländern. Die Ausweisung der NA TURA 2000 -Gebiete entsprechend der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH) erfolgte bundesweit nicht einheitlich. Während andere Bundesländer weitgehend die Besitzer und Eigentümer in das Ausweisungsverfahren eingebunden hatten, wurde in Sachsen-Anhalt nach Ansicht der CDU nur ungenügend informiert. Ein Antrag zur flurgenauen Ausweisung der NATURA-2000-Gebiete verbunden mit einer ausführlichen Klarstellung der Folgen für die Besitzer und Eigentümer durch die CDU im Landtag wurde zurückgewiesen.

Die Alibiveranstaltungen der Landesregierung waren ein Vorstellen vollendeter Tatsachen und ermöglichten nicht eine gemeinsame fachliche Diskussion mit den Betroffenen.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht klar erkennbar, mit welchen Handlungseinschränkungen die Bewirtschafter der ausgewiesenen und benachbarten Flächen zu rechnen haben.

Die CDU wird nach Regierungsübernahme eine Folgenabschätzung vornehmen, welche die Entwicklung der ausgewiesenen NATURA-2000-Gebiete und die Folgen der Ausweisung für die Besitzer und Eigentümer transparent werden lässt .